

**Ersteinmal** Halbes  
Brot  
zu 10 Pfennig  
zu 20 Pfennig  
zu 30 Pfennig  
zu 40 Pfennig  
zu 50 Pfennig  
zu 60 Pfennig  
zu 70 Pfennig  
zu 80 Pfennig  
zu 90 Pfennig  
zu 100 Pfennig

**Die neue Welt**  
Mittwochausgabe  
für 10 Pfennig  
für 20 Pfennig  
für 30 Pfennig  
für 40 Pfennig  
für 50 Pfennig  
für 60 Pfennig  
für 70 Pfennig  
für 80 Pfennig  
für 90 Pfennig  
für 100 Pfennig

Halbes  
Brot  
zu 10 Pfennig  
zu 20 Pfennig  
zu 30 Pfennig  
zu 40 Pfennig  
zu 50 Pfennig  
zu 60 Pfennig  
zu 70 Pfennig  
zu 80 Pfennig  
zu 90 Pfennig  
zu 100 Pfennig



**Interessengruppe**  
besteht für die Mitglieder  
je nach dem Alter  
von 10 bis 20 Pfennig  
von 20 bis 30 Pfennig  
von 30 bis 40 Pfennig  
von 40 bis 50 Pfennig  
von 50 bis 60 Pfennig  
von 60 bis 70 Pfennig  
von 70 bis 80 Pfennig  
von 80 bis 90 Pfennig  
von 90 bis 100 Pfennig

**Interesse**  
für die Mitglieder  
je nach dem Alter  
von 10 bis 20 Pfennig  
von 20 bis 30 Pfennig  
von 30 bis 40 Pfennig  
von 40 bis 50 Pfennig  
von 50 bis 60 Pfennig  
von 60 bis 70 Pfennig  
von 70 bis 80 Pfennig  
von 80 bis 90 Pfennig  
von 90 bis 100 Pfennig

# Die neue Welt

## Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
Baumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga  
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

### Kampf um Kultur.

Der Kampf gegen das Kapital wird den Arbeitern in erster Linie durch die niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus ausgeübt. Die ökonomische Theorie besagt, daß der Arbeiter dem Kapitalisten seine Arbeitskraft verkauft, und den Wert dieser Arbeitskraft, das heißt den Wert alles dessen, was der Arbeiter zum Leben braucht als Lohn ausgezahlt bekommt. Das wird aber nur als Normalfall von der Theorie vorausgesetzt, ähnlich wie sie in ihren Betrachtungen der Einfachheit halber voraussetzt, daß alle Waren zu ihrem wirklichen Wert gekauft und verkauft werden. In Wirklichkeit weicht bei jeder Ware der gezahlte Preis von ihrem Wert nach Maßgabe von Angebot und Nachfrage ab. Wo das Angebot überwiegt, sinkt der Preis unter den Wert.

So steht es auch mit der Ware Arbeitskraft. Wo ein Überangebot von Arbeitern herrscht, sinkt der Lohn unter den Wert der Arbeitskraft herab; sie müssen sich mit weniger zufriedengeben, als sie eigentlich zum Leben brauchen und noch froh sein, wenn sie hungrend, in fetiger Not und Entbehrung gerade da n a c h t e Leben fristen können. Sie befinden sich dabei auch in einer viel unangünstigeren Lage als andere Warenbesitzer; diese können, wenn ihnen der gebotene Preis zu niedrig bleibt, die Ware meistens aufkaufen; aber der Arbeiter kann das nicht, weil seine Ware verfaulen und verdirbt, wenn es ihm nicht gelingt, sie sofort loszuschlagen.

Sobald das erste Emporkommen des Kapitalismus große Massen von Kleinhandwerkern und Arbeitern des Kleinbetriebs schuf, ist daher die erste Folge, daß der Lohn bis zum tiefsten Existenzminimum herabgedrückt wird, während gleichzeitig durch den raschen Fortschritt in der Produktion der Lebensbedarf der Arbeiter, dieser niederdrückenden Tendenz entgegenzutreten, besteht in der Konstitution (Vereinigung) zur Aufhebung der gegenseitigen Konkurrenz. Der ökonomischen Form nach scheint die Sache hier ähnlich zu liegen, wie bei den Verarbeitungen irgendwelcher Warenverarbeiter, ihre Ware zurückzubehalten, damit die Preise emporkommen, und die Käufer gründlich ausgeplündert werden können. Daher haben auch die bürgerlichen Ökonomen und Politiker die Arbeiteralleanzen, die Gewerkschaften, bei ihrem ersten Auftreten als verwerfliche Verschwörungen verdonnert, die nämlich die die Ringe der Großkapitalisten, sich einen unerschütterlichen Vorteil auf Kosten ihrer Mitbürger ergarben wollten, und daher gefehlt und gerichtlich verfolgt werden mußten. Nur die Bourgeoisie ist eben die Arbeiterkraft genau so eine Ware wie z. B. Karottensuppe; daß aber an dieser Ware ein Mensch heftigt, der als Mensch noch andere Werte hat als bloß Träger von Arbeitskraft zu sein, darum kümmert sie sich nicht. Erst seitdem die Arbeiter sich als Menschen, als Kämpfer bemerkbar machten, mußten bürgerliche Wissenschaft und Politik ihr Wohl oder Übel als solche anerkennen, den Gewerkschaften Rechnung tragen und sie sogar umwerben. Aber der kapitalistische Unternehmer denkt im Grunde noch immer so; die Kräfte, die die Baumwolle, und die Gewerkschaften, die die Arbeitkraft verteuern, betrachtet er in gleicher Weise oder nur mit dem Unterschiede, daß er Letztere aus Feigheit gegen die Großkapitalisten und aus Klaffenhaft schärfer befeindet. Was aber bei jener oberflächlichen Gleichung außer Acht gelassen wird, ist erstens die Tatsache, daß das Steigen der Arbeiterlöhne zugleich das Aufsteigen einer ganzen großen Arbeiterklasse zur Kultur, das Weichenmachen der großen vornehmlichen Werte bedeutet, und zweitens trifft sogar Humanität im Vergleich nicht völlig zu, die Kapitalisten wollen mit ihren Preisbestrebungen den Preis hoch über den Wert emporschieben, während es sich in dem Kampf der Gewerkschaften darum handelt, den Wert selbst der Arbeitskraft erst zu verwirklichen.

Das unmittelbare Ziel der Gewerkschaften besteht darin, den Arbeitern den Wert ihrer Arbeitskraft zu sichern. Wenn die bürgerlichen Wähler über die „Nachsucht“ und die „maßlosen Forderungen“ der Arbeiter getrennt und die fromme Sorte unter ihnen mit himmelwärts verdrehen Augen über die „Genußsucht“ und die „Verschwendung“ des heutigen Geschlechts jammert, das sich immer mehr von den einfachen Sitten und der Bedürfnislosigkeit der Väter abwendet, so befinden sie damit nur ihre Unwissenheit oder ihre Heuchelei. Was den Arbeitern bei ihren gewerkschaftlichen Kämpfen als Ziel vor Augen steht, ist nicht unbegrenzter Reichtum, Verschwendung und Genußsucht, jede Laune zu befriedigen, sondern die Befriedigung ihrer tatsächlichen Lebensnotwendigkeiten. Das liegt schon in der Natur der Sache, daß jede Verbesserung sich etablieren muß, daß jede Verbesserung nur mit großen Anstrengungen, Entbehrungen und Gefahren erkauft werden kann. Diese werden nicht für überflüssige Launen, sondern nur für das Notwendige aufgebracht. Die Erfolge werden, neben den äußeren Verhältnissen und Widerständen, durch die Energie und die Opfermut bestimmt, die die Arbeiter im Kampfe aufwenden. Wobin hängen diese ab?

Der Arbeiter vergleicht das, was er bekommt, mit dem, was er zum Leben braucht; seinen Lohn mit dem an dem Wert seiner Bedürfnisse, also vergleicht er den Preis an dem Wert seiner Arbeitskraft. Den Unterschied zwischen beidem empfindet er als Mangel, als Kummer, die ihn zum

Kampfe treibt. Je größer die Spannung zwischen Preis und Wert der Arbeitskraft, mit umso größerer Erbitterung und Energie werden die Arbeiter kämpfen, und umso größer werden unter sonst gleichen Umständen die Erfolge, die Lohnsteigerungen sein. Je geringer jener Unterschied, umso weniger drückend wird die Lage empfunden, umso geringer wird die Steigerung sein, für weitere Verbesserungen großen Opfern und Gefahren auszugehen. Daher wird vor allem die erste Zeit, in der die Organisation überhaupt möglich aufwächst, auch die Zeit der größten positiven Erfolge sein, in der der Lohn am stärksten emporkommt.

Das bedeutet natürlich nicht, daß die Kampfzeit umso größer ist, je niedriger der Lohn. Der Wert der Arbeitskraft ist keine feste Größe, sondern hängt von historischen und gesellschaftlichen Verhältnissen ab. Östeuropäische Einwanderer in Westeuropa und Amerika stellen so wenig Ansprüche an Wohnung, Nahrung und Bekleidung, der Wert ihrer Arbeitskraft ist so gering, daß ihnen ein Lohn, von dem andere Arbeiter nicht leben können, hoch erscheint und sie daher nicht an Kampf denken. Bei den ersten unorganisierten, tief heruntergedrückten Schichten des Kapitalismus, die durch das Elend entartet waren und lumpig, gleichgültig und lumpenmäßig dahin lebten, waren gleichfalls die Bedürfnisse und Ansprüche sehr niedrig.

Erst die Organisation bringt mit dem empfindlichen Kampfsgefühl, mit der Aussicht auf die Möglichkeit eines besseren Lebens auch die höheren Ansprüche an das Leben, das Verlangen nach mehr Lebensgenüssen, die Sehnsucht nach Kultur, also eine Steigerung des Wertes der Arbeitskraft. Das unbenutzte Elend wird zum bewußten Elend, das zum Kampfe reizt; mit dem zeitigen Wert der Arbeitskraft muß auch ihr Preis, der Lohn steigen. Darin liegt nicht zum wenigsten die hohe Bedeutung der Gewerkschaften, daß sie bei den Hoffnungslosen neue Hoffnung wecken, bei den Anpreislosen die Ansprüche steigern, denn die Ansprüche der Menschen sind die Grundmasse ihrer Kultur.

Und diese Steigerung des Wertes der Arbeitskraft hört nicht auf. Einerseits bringt der Kapitalismus immer neue Massenartikel in den Bereich oder fast in den Bereich der Arbeiter, andererseits vergrößert ihr Freiheitskampf ihre zeitigen Bedürfnisse, während zugleich die mächtiger werdenden Organisationen ihr Kampfgefühl steigern. Der Lohn kann sich daher nicht einer bestimmten Grenze nähern, wobei eine weitere Steigerung aufhört, sondern das Ziel, wohin er strebt, steigt selbst immerfort in die Höhe. Auf das erste rasche Emporkommen des Lohnes folgt also kein Stillstand, sondern nur ein langsames Steigen. Allerdings spielen dabei nach weitere Umstände mit, aus Furcht vor der Macht der Organisation kann der Widerstand und die Geselloseit der Unterdrückten bemerkbar werden, das zeitweilige der Steigerung aufhört, das sie kann ein wenig protestieren durch Verlassen einer schweißigen Revolution, in Essen war wieder eine Versammlung und in Magdeburg hielten die Arbeiter in den Kirchen Protestdemonstrationen.

### Protestrummel der „Gläubigen“.

In protestantischen Kreisen schloß der Protestrummel gegen die Papst-Engstlichkeit Uppia in die Salme. Am Sonntag ist in Berlin eine solche Protestkundgebung vom Evangelischen Bund veranstaltet worden, in der auch Herr Dr. Raumann rebe, in Regensburg in den Kirchen protestiert durch Verlassen einer schweißigen Revolution, in Essen war wieder eine Versammlung und in Magdeburg hielten die Arbeiter in den Kirchen Protestdemonstrationen.

In Berlin ist es zu interesselanten Vorgängen gekommen. Sowohl die Liberalen wie die Konservativen benutzen den Protestrummel, um für ihre politischen Parteien im Trüben zu fischen. Neben Herrn Raumann rebe auch Herr Major Stroffer, der konservative Landtagsabgeordnete. Er begann also: „Ich sehe die nicht als Mann der Wissenschaft, ich sehe hier als „einfacher Volk“, wollte er jagen, aber von mehreren Seiten rief es stürmisch: als Verbündeter des Zentrums! Herr Stroffer verknüpfte, der Fortschritt wurde verneinend und die Liberalen Aufwinder wurden nach allen Regeln der Sanskritwissenschaft hinausgeworfen. Die Wissenschaft wehrten sich, und Herr Stroffer wurde regelrecht ausgepfiffen. Die Schwarzweißkoten schrien: „Aus, raus mit dem Lump!“ Sie meinten damit wohl den Aufwinder. Die von der andern Richtung wiederholten diesen Aufwinder - sie meinten damit wohl jemand anders. Stroffer schloß: „Wir sind doch alle treue Intendanten der Hohenzollern-Dynastie, und deshalb dürfen wir uns die Schmähung unseres protestantischen Fürstentums nicht gefallen lassen!“

Nach der Verammlung kam es zu einer interessanten Straßendemonstration, verbunden mit einer öffentlichen unangenehmen Versammlung unter freiem Himmel mit Hochrufen, Reden und Gesang. Diese Straßendemonstration unterließ sich nur inoffizieller Weise von den Wahlrechtsbedingungen, die die Wahlrechtsbedingungen, daß diesmal die Sozialisten die Sache nicht nur nicht fürzte, sondern daß sogar hohe Parteiführer sich aktiv an Hochrufen und Singen beteiligten.

Nach dem Schluß der Versammlung marschierten nämlich die Teilnehmer in geschlossenen Zuge nach dem Lutherdenkmal

auf dem Neuen Markt. Als die Menge auf dem Platz anlangte, standen dort drei höhere Parteiführer mit einem größeren Schutzmantelangebot. Die Schutzeleute glaubten wohl in ihrer Unschuld, sie sollten nun in bewährter brutaler Weise die Massen „zerstreuen“; auf einen Wink der Schutzeleute mußten sie sich aber schleunigst nach Hause begeben. Die Parteiführer blieben weiter lächelnd im Hinterrunde, hörten sich die vom Denkmal eingehende Rede an und stimmten in das „Gott“ ein, das auf Martin Luther ausgesprochen wurde. Sie sangen auch wieder mit, als Ein „sehr Wert und Zeitungsabdruck alles angeht“ wurde.

Für künftige Wahlrechtskundgebungen wird man sich das merken müssen.

Inzwischen hat der Versuch, den Protestrummel im eigenen parteipolitischen Interesse auszunutzen, die Konservativen und Liberalen miteinander verkehrt. Der Berliner Wissenschaftler bietet der Presse Stoff zu ungerechten Kommentaren, wobei einer dem andern das Recht abspriht, über den Papstbrief entsetzt zu sein. So erklärt die Deutsche Tageszeitung, daß ein Teil des Liberalismus sein Recht habe, sich als Vertreter evangelischer Interessen aufzuspielen, weil er dem gläubigen Protestantismus im tiefsten Innern ebenso gegenüberwie wie dem Katholizismus:

Wer es für ein Erfordernis der Volkshilfsbetriebe hält, möglichst weiten Kreisen auch der Ungebildeten die Erzeugnisse der materialistischen Literatur in die Hand zu geben und wer den Religionsunterricht aus der Volksschule oder auch nur aus dem Mittelpunkt des Volkshilfsunternehmens verdrängen will, der hat kein Recht, als Erbe der Reformation und als Vertreter der evangelischen Interessen zu gelten.

Auf der andern Seite aber erklärt das Berliner Tageblatt: „Man wird sich verbittern müssen, daß die antichristliche Protestbewegung durch die Teilnahme der mit dem Zentrum so innig verbrüderten preussischen Junker und ihrer Helfershelfer entwertet wird.“

Geradezu reizend ist es, wie die konservative Presse gegen die Individualisten der Protestkämpfer wettert, die Herrn Stroffer nicht zu Worte kommen lassen wollen. Sie können befehlen dem Wert des Fortschritts Prof. Raumann, daß sich Unterstützung der Redefreiheit im Reichstag von Schwabach und Reichheit ist - wobei sie ganz verfehlt, daß sich die Junker im Landtag dieser Schwäche und Feigheit gegenüber dem Wohlhoffmann bemüht und brutal schuldig gemacht hatten.

Die allein richtige Konsequenz aus dem ganzen Protestrummel zieht indessen nur der bekannte Farrer Krauß-Dortmund, der in der Christlichen Freiheit folgendes zur Engstlichkeit schreibt:

„Aber laßt sie doch ruhig so weiter machen. Je toller, desto besser. Es ist nur christliche Konsequenz, was der Papst ausplaudert. Es ist gut, daß die Diplomatie seine Worte nicht verliert hat. Wir werden jetzt, wenn alles hart an hart geht nur gefahren, wenn es heißt: Kreuzigung von Kirche und Schule. Kreuzigung von Kirche und Schule. Kreuzigung des Fortschritts Prof. Raumann, daß sich Unterstützung der Redefreiheit im Reichstag von Schwabach und Reichheit ist eine staatsrechtliche Ungeheuerlichkeit ist. Aufhebung des Religionsparagrafen im Strafgesetzbuch.“

Darüber wollen aber die geschäftlichen Ausbeuter der Religion, die Konservativen und das Zentrum (und zum großen Teil auch die Liberalen), nichts wissen.

### Politische Uebersicht.

Halle a. S., 14. Juni 1910.

#### Sur Stützpunkt in Weism-Wollin.

Mit der Kündigung der antijohannidemokratischen Gemeinbürgerlichkeit drohen die Konservativen für den Fall, daß die Fortschrittler von Hedem-Wollin ihnen die Stützpunkte Hilfe gegen die Sozialdemokratie verlagern sollten. Ganz deutlich und unumwunden spricht es jetzt die Kreuzzeitung aus, daß die Konservativen dann nicht mehr die Hand führen werden, um einen Sieg der Sozialdemokratie über den bürgerlichen Fortschritt zu verhindern. Nachdem die konservative Danksagung festgestellt, daß das Unterlassen einer Parteiausgabe an gegen Herrn v. Böhndorf gleichbedeutend sei mit einem Eintreten für den sozialdemokratischen Bewerber, fährt es fort: Es ist von uns und von andern konservativen Wählern bereits hervorgerufen worden, daß die Entscheidung, um die sich die Fortschrittlichen Partei diesmal nicht herumdrücken kann, eine folgenreichere ist. Denn von uns wird es abhängen, wie sich in Zukunft die konservativen Wähler verhalten werden, wenn es gelten wird, für die Wahl eines Fortschrittlers gegen einen Sozialdemokraten den Ausschlag zu geben.

Die Kreuzzeitung stellt damit in Aussicht, daß die Konservativen künftig die Ausgabe eines Wählergruppen des Fortschrittlichen unterlassen werden, nachdem sie gerade noch mit demselben Wortung erklärt hatten, ein solches Verhalten sei gleichbedeutend mit dem Eintreten für die Sozialdemokratie. Die Kreuzzeitung findet also ein derartiges Eintreten für die Sozialdemokratie nicht unter allen Umständen verdammenwert, sonst könnte sie doch unmöglich den Fortschrittler damit drohen.

Würden die Konservativen ihre Drohung wahr machen, so könnte bei den nächsten Wahlen auf ein Duzend Mandate, die



Wichtige Verpflegung auf dem 17. Oktober...

Körkel

Die Vorkommnisse

Der griechische Gesandte hat entsprechende Institutionen...

Die Verhaftung

Die Verhaftung der Verhafteten, die wahrscheinlich so ernst...

Die Kreis-Konferenz

Paris, 18. Juni. In hiesigen diplomatischen Kreisen wird...

Amerika

Die Partei Ledbos

Eddy Roosevelt, Präsident der Vereinigten Staaten, der...

Aus der Partei

Lebensjahr der Partei. In Frankfurt a. M. ist der 72. Jahrestag...

Volkswirtschaftliches

Wesen und Koggenpreise im 1. Vierteljahr 1910

Das oben erwähnte Vierteljahrshesultat zur Statistik des...

Koggen

Table with columns for location (Berlin, Breslau, etc.), quarter (I, II, III, IV), and price (1900, 1909, 1910).

Weizen

Die Bissen zeigen die allgemeine Preissteigerung für...

Preissteigerung und Fleischkonsum

Nach dem Jahresbericht des Vorstandes des Deutschen Fleischer...

Im im ersten Vierteljahre des laufenden Jahres die Schlichtungen...

Monopolisierungsbeschlüssen der amerikanischen Trusts...

Die deutschen Konsumvereine Anfang 1909

In dem letzten erschienenen Jahresbericht des Zentralverbandes...

Zu Beginn des Jahres 1908 war der Gesamtbestand der eingetragenen...

Table with columns: Zahl der Vereine, Mitglieder, Gesamtumsatz, Eigenproduktion, Reinüberschuss.

Zusammen 2370 1450000 406504600 46682750 31428750

Die deutschen Konsumvereine hatten also im Jahre 1908 einen...

Verfallungsberichte

Wannenburg. In der letzten Versammlung des Sozialdemokratischen...

aus fünf Personen zusammenstellt, von denen vier als Parteigenossen...

Gewerkschafts-Kartell Halle

Sitzung vom 2. Juni 1910

1. Eingänge und Mitteilungen. Die Generalversammlung...

2. Die gewerbliche Rechtsprechung im Saale. Freie. Hierzu führte Genosse Kleeis folgendes aus...

3. Gewerkschaftsversammlung. Beschlüssen wurde am Donnerstag...

4. Beschlüssen. Von einem Redner wurden Ansuchen des Rates...

Präsidenten: Amnest 67 Delegierte. Einheitspflicht fehlten...

Verantwortlich für Zeitartikel, Politische Itebericht und Parteischriften...

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Advertisement for 'Für unsere Küche' (For our kitchen) featuring a large image of a kitchen and the slogan 'ist nur das Beste gut genug!' (is only the best good enough!).





**Leistung.**

Die von Maiausperungen betroffenen Gewerkschaften und Parteioorganisationen haben Anrecht auf Beihilfe aus dem Fonds nach Maßgabe der vorhandenen Mittel. Die in Betracht kommenden Organisationen haben der Verwaltung des Fonds näher begründete Anträge auf Beihilfe bis 15. Mai einzulegen. Die Anmeldungen eventuell Maßregelungen sind sofort einzulegen.

Ergibt eine Gewerkschaft auf eine Aussperrung hin Lohnforderungen, so hat sie kein Anrecht auf Beihilfe aus dem Fonds.

Die Verwaltung des Fonds wird einem Ausschuss von sieben Personen übertragen. Zwei Mitglieder bestimmt das Gewerkschaftsrat und ein Mitglied die Parteioorganisation des Bezirks, je zwei weitere Mitglieder der Partei und der Kartelle werden in der weiteren Orten gewählt.

Die Abrechnung erfolgt alljährlich durch eine gedruckte Spezialisierung der Einnahmen und Ausgaben. Zwei Revisoren, je einer von der Partei und Gewerkschaft, am Vorort gewählt, haben die Abrechnung zu prüfen.

Beschwerden gegen den Ausschuss sind durch eine besondere Kommission von fünf Personen zu erledigen. Diese Besonderekommission setzt sich aus einem Mitglied der Partei, die in fünf von der Kommission bestimmten Orten von den Vorständen der beteiligten Organisationen gemeinsam gewählt werden.

Die beschwerdeführende Partei und der Ausschuss können sich durch je zwei Personen vertreten lassen. Das Regulatorium tritt sofort in Kraft.

Zu Punkt Leistung, Absatz 1, wurde festgestellt, dass nur die Organisationen der Orte, die sich dem Fonds angeschlossen haben — und das sind mit Ausnahme Eilenburg alle — ein Anrecht auf die Beihilfe besitzen.

Als Vorort des Verwaltungsausschusses wurde Halle bestimmt. Die aus dem Bezirk zu wählenden Verwaltungsausschussmitglieder werden in Zeitz (Partei), Eisleben (Partei), Schleußig (Kartell) und Wittenberg (Kartell) bestimmt. Die Mitglieder der Besonderekommission heißen Halle, Zörgau, Gangerhausen, Mühlberg und Wittenberg.

Um sofort eine Grundlage für den neuen Fonds zu schaffen, wurde allgemein der Wunsch geäußert, dass es möglich ist alle schon vorhergehenden Mitglieder, die durch Waimarken usw. eingeschlossen sind, dem Fonds zugänglich zu werden. Es steht zu hoffen, dass diesem Wunsch in weitgehendem Maße Rechnung getragen wird.

Diese Vereinbarung zwischen Gewerkschaften und Partei wird jedenfalls dazu beitragen, dass auch weiterhin das Zusammenarbeiten zwischen beiden ein immer intensiveres wird. Auch für die Partei selbst wird diese Einrichtung nur zum Nutzen sein. Die Orte aber, die jetzt noch beiseite stehen zu müssen glauben, sollten sich an der Einstimmigkeit, die auf der Konferenz gutgeheiratet, ein Beispiel nehmen. Einer für Alle und Alle für Einen!

**Die ausgeperrten Bauarbeiter**  
nachdem am Montag abend Stellung zu dem Ergebnis — wenn man von einem solchen überhaupt reden kann — der mit den Unternehmern der Stadt Halle und denen des Landbezirks gepflogenen sogenannten Einigungsverhandlungen wegen Abschluss eines örtlichen Tarifvertrages. Die Maurer hatten den großen, die Zimmerer den kleinen Saal, die Bauführer den Gastzimmer des Volksparks besetzt. Alle drei Verhandlungen waren außerordentlich hart bejagt.

Wie wir bereits schon berichtet haben, sind die Verhandlungen an der Darmstadtstraße geteilt, mit der die Unternehmern sich herhalten, irgendeiner neuemvertriebenen Jugendlichen zu machen. Es war ja auch notwendig, dass gewisse, wenn es in Halle anders gekommen wäre als anderwärts, zumal es ja unter den Halleischen Bauunternehmern an Scharfmachern nicht fehlt, die sich noch immer nicht an den Gedanken gewöhnen wollen, bei Festsetzungen von Arbeitsbedingungen die Arbeiter als vollberechtigte Kontrahenten zu behandeln. Und so haben auch, wie die Berichterstatter ohne Ausnahme feststellen konnten, die Verhandlungen mehr den Eindruck einer großen Komödie gemacht, als den eines ernstlichen Versuches, sich mit den Arbeitern unter für sie annehmbaren Bedingungen zu einigen. Wenn die Unternehmer allerorts, nach dem Verlauf fast sämtlicher örtlichen Verhandlungen — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — noch nicht zu irgendeiner gewissen Höhe in der Verhandlung und der Vertiefung der Arbeitstätigkeit fähig geworden sind, so liegt nichts näher als die Annahme, daß hierbei ganz einheitlich nach einem vorabbedachten Plan vorgehen. Den Arbeitern jede Vertiefung der Arbeitstätigkeit und jede Erhöhung des Lohnes ist rundweg abzuschlagen, das scheint für die Unternehmer die stillschweigende Voraussetzung gewesen zu sein, unter der sie dem Schiedspruch der Unparteiischen zustimmen.

Ob die Unternehmer wirklich so borniert find, daß sie glauben könnten, die Arbeiter, die freche Unternehmerernennung wochelnd auf die Straße gesetzt hat, würden sich so furchtbar abspalten lassen, was dahingestellt bleiben. Wahrscheinlicher ist schon, daß sie ihre ganze Hoffnung auf das in Dresden tagende Schiedsgericht der Unparteiischen setzen, von dem man zu erwarten scheint, daß es in seinen Entscheidungen die Interessen der Unternehmer mehr berücksichtigen werde als die der Bauarbeiter!

Indes kann es die Bauarbeiter wenig kümmern, was immer die Absichten und Hoffnungen der Unternehmer sein mögen — solange die Bauunternehmer in der Frage der Lohnhöhe und Arbeitszeitüberfüllung auf ihrem abledenen Standpunkt verharrten, wird es zu einer Einigung nicht kommen. Dann mag der Kampf eben ruhig weitergehen! Das war die Stimmung, die alle drei Verhandlungen beherrschte.

In der **Verammlung der Maurer** erhaltete Kollege Dege den Bericht von den Verhandlungen. Gleich der erste Punkt der Verhandlungen ließ, wie der Berichtserklärer ausführte, erkennen, wo die Unternehmer hinaus wollten. Anstatt, wie die Arbeiter forderten, den Gesamtlohn für den abzuführenden Betrag um einige Orte zu erhöhen, wollten ihn die Unternehmer noch weiter einschränken. Gaben hier die Unternehmer schließlich nach, so wiesen sie das Verlangen der Arbeiter nach Vertiefung der Arbeitstätigkeit und Erhöhung des Lohnes brüst und höhnisch ab, ja einige Unternehmer verhielten sich so wollen, was selbst dem Verhandlung leitenden Vorsitzenden, Maurermeister Grotte, zu weit ging. Die Forderung nach Vertiefung der Arbeitstätigkeit geht an neun Stunden verzusetzen sie mit dem abgebrannten Einmünd abzurufen, daß die durchschnittliche Arbeitszeit im Banngewerbe ja doch nur höchstens 8 1/2 Stunden täglich betrage. Die angeordnete Vorkonferenz mit den anderen Verbänden

das die Höhe im Baugewerbe tatsächlich schon fast den gleichen und eine weitere Steigerung ohne Sachgrund des Gewerbes (1) nicht mehr verträglich. Vergeblich wiesen die Arbeitervertreter darauf hin, daß auch die Bauarbeiter durch die gesteigerten städtischen Wohnungsmieten immer mehr gezwungen werden, Wohnung auf dem Lande zu nehmen, und oftmals einen stundenlangen Weg nach ihrer Arbeitsstelle zurücklegen müssen; die Arbeitzeit einschließlich des Weges zur Arbeit und zurück also auf 13-14 Stunden täglich ausgedehnt wird. Vergeblich auch auf die letzten Lebensverhältnisse, die eine Lohn-erhöhung mehr als rechtfertigen. Denn daß die Unternehmer dazu bereit sind, die geforderten 10 bis 15 Prozent Zuschlag für Arbeiter und den (als solche gelten die Zeit von 5 bis 6 Uhr morgens und von 6 bis 8 Uhr abends) und den gleichen Zuschlag für Feuer- und Wasserarbeit zuzugestehen. Für Sonntags- und Nacharbeit wollten die Unternehmer ebenfalls nur 10 bis 12 Prozent die Stunde zahlen anstatt der verlangten 50 Prozent Zuschlag. So konnte man sich auch über diesen Punkt nicht einigen. Nur in Fragen von ganz untergeordneter Bedeutung, wie: festgesetzte Lohnzahlung, jedwede zeitige Lösung des Arbeitsverhältnisses ohne gegenseitige Bindung usw. verständlich man sich.

So mußten denn die Verhandlungen resultatlos verlaufen, da die Unternehmer nicht die geringste Neigung befanden, in den wichtigsten Punkten: Vertiefung der Arbeitstätigkeit und Lohnhöhe, annehmbare Zugeländnisse zu machen, ja hier jedes Entgegenkommen rundweg abzulehnen. Aber wenn die Herren glauben, daß die Arbeiter auch noch die Kriegskosten für einen brutal aufgezwungenen Kampf allein bezahlen sollen, so berechnen sie sich gründlich! Benennen sich die ausführenden Bauunternehmer nicht zu annehmbaren Zugeländnissen, dann steht der Kampf auf alles oder nichts — kann man es liegen oder brechen! (Stimmliche Zustimmung.)

In der Disziplin erachtet der Vorsitzende, Kollege Röber, nach die Ausführungen Deeges. — Sobald die Entscheidung des Dresdener Schiedsgerichts der Unparteiischen bekannt ist, wird sich eine weitere Verammlung damit beschäftigen und entscheiden, ob der gefällte Schiedspruch für die Halleischen Maurer annehmbar ist oder nicht. Bevor nicht diese Verammlung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs beschließen hat, dauert der Kampf fort, und niemand darf sich von den Unternehmern zur Aufnahme der Arbeit verleiten lassen! An derartigen Verleihen weist man von vornherein zurück! An der Einigung der Arbeiter müssen jedoch die Verleihen festhalten, nur wenn wir einig bleiben, werden wir in diesem Kampfe siegen! (Beifall.)

Die Verammlung erklärte sich mit allen vom Vorstand getroffenen Maßnahmen einverstanden und gab zu erkennen, daß sie nicht geneigt sind, um den Preis des von den Unternehmern heraufbeschworenen Kampfes betrogen zu lassen! — **Bei den Bauführern** erhaltete den Bericht über die Einigungsverhandlungen der Halleischen Bauführer. Aus dem Bericht geht zu entnehmen, daß die Bauführer in einigen wichtigen Punkten, die h. m. es ohne Geldlohn abging, Zugeländnisse machten. Wo es aber darauf ankam, den Arbeitern eine Erhöhung des Stundenlohnes und eine Vertiefung der Arbeitstätigkeit zuzugestehen, zeigten sie kein Entgegenkommen. In diesem Falle blieb den Arbeitern selbstverständlich nichts anderes übrig, als diese minimalen Zugeländnisse abzulehnen.

**Stellung der Stadteroberen.**  
Die Stadteroberen hielten sich in ihrer gestrigen Sitzung mit einer nur wenig umfangreichen Tagesordnung zu beschäftigen. Zwei Gesuche um Unterlassungen wurden ohne Debatte dem Petitionsausschuss überwiesen. Der deutshationale Handlungsabteilungsverband ersuchte in einer Petition, die Wohnungsinnspektion auf die Schlaftäume der bei ihren Prinzipal- und Logis wohnenden Handlungsmannschaften auszudehnen. Die Eingabe wurde dem Referenten überwiesen, der über die Anstellung eines Wohnungsinnspektors und Errichtung einer Wohnungskommission Bericht erstatten soll. Der Magistratsantrag über die Schaffung einer Wohnungsinnspektion wurde von der Tagesordnung abgesetzt. In kurzer Zeit wurde ohne Besprechung dem Verkauf der Baufstelle Nr. 10, Ecke der Richard-Wagner- und Mozartstraße, dem Landverwerb vom Grundstück Steintweg 48 und dem Verkauf des Grundstücks Papientstraße Nr. 12 zugestimmt.

Unser Genossen erklärten sich gegen die Veräußerung städtischen Baugrundes. **Belegenheit zu einer Aussprache** bot der letzte Punkt der öffentlichen Sitzung, die 17 Petitionen der städtischen Beamten um Gehaltsaufbesserung. Für den Gehaltsaufbesserer referierte Stadtrat Wächter, der den Vorschlag machte, die Gehälter der Beamten bis zum Ende des Jahres 1900 zu erhöhen. Nur bei Schätzer der Polizeidirektors v. Dossow, des Kriminalinspektors Hügel, des Stadtdirektors Meier und der Polizeimeister meißer sollten nach dem Beschluß des Ausschusses aufgebessert werden. An Gehalt sollen nur folgende beziehen: Der Stadtdirektor 6000-7000 M. (bisher 6000-8000 M.), Polizeidirektor v. Dossow und Kriminalinspektor Hügel 3800-5000 M. (bisher 3800-5100 M.), Polizeimeister 2100-3200 M. (bisher 2000-3200 M.).

Stadtrat Helme erklärte sich mit dem Vorschlag des Ausschusses einverstanden, doch sei es recht und billig, auch die Magistratsbureaugehilfen aufzubessern. Jetzt belägen die Bureaugehilfen ein Anfangsgehalt von 1800 Mark, das nach ihrem Gehalt auf 1000 Mark herabgesetzt werden möchte. Es müßte schon ein Achtelmehrer sein, aber mit einem Gehalt von 1800 Mark auslauge. Stadtrat Helme erklärte, daß gar kein Anlaß vorliege, die Gehälter der beiden Inspektoren, des Polizeidirektors und des Stadtdirektors aufzubessern, doch sei er bereit den Magistratsbureaugehilfen eine Aufbesserung zuzulassen, und zwar derzeit, daß das Anfangsgehalt von 1800 M. auf 1400 M. erhöht werde. — Die Stadt. Helme, Meyer und v. Blume traten für die Gehaltsaufbesserungen der Magistratsbureaugehilfen und der Polizeidirektoren ein, während Stadtrat Helme die Meinung vertrat, daß es nicht notwendig sei, die Bureaugehilfen, die häufig Beamtencharakter und Pensionberechtigung erhalten hätten, noch extra mit 100 Mark Zulage zu versehen. Die Stadtrat, Sommer, Helme und Trauer äußerten ebenfalls für Aufbesserung der Bureaugehilfen, indem besonders der letzte Redner betonte, daß jeder Schaffner bei der Post oder der Eisenbahn besser bezahlt würde, als die Magistratsbureaugehilfen. Als Stadtrat Schmidt-Rimpler betonte, daß der Gehaltsaufbesserer das richtige getroffen habe und daß der Magistrat selbst nicht für die Aufbesserung eingetreten sei, erklärte Bürgermeister v. Dossow, daß der Magistrat ja vergeblich ein Gehalt von 1400-2100 Mark für die Bureaugehilfen gefordert habe. Würde der Vorschlag des Magistrats hier zum Beschluß erhoben, so sinime er freudig zu. Man könne nicht leben von der Aussicht, einmal pensionberechtigt zu werden, sondern man müßte ein menschenwürdiges Dasein führen können; und das

bei einem Anfangsgehalt von 1800 Mark möglich ist, hätte abhingehelt. **Der Vorschlag** des Gehaltsaufbesserers, daß für die Polizeibeamten und dem Stadtdirektor die oben bezeichneten neuen Gehaltsätze dem Magistrat zur Berücksichtigung empfohlen werden, gelangte gegen eine kleine Widerheit zur Annahme. Für den Antrag Helme (monach die Magistratsbureaugehilfen künftig 1400-2000 Mark, statt 1300-2000 M. erhalten sollen) stimmten auch unsere Genossen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Es wurde der Vorschlag gemacht, nach einigen Reden — die Erwähnung eines Kanals, eine Pensionierung, ein Waisenprojekt usw. zu beraten, doch erlosch hiergegen allgemeiner Widerspruch.

Nach einer längeren Geschäftsverhandlung beschloß die Verammlung mit dem Antrag auf Erbauung des Sammelkanals von der Straußstraße bis zur Burgstraße, dessen Trasse am Lazarett vorbei und im Burggraben entlang führen soll.

In der geschlossenen Sitzung beschäftigte sich die Verammlung nochmals mit dem Antrag des Vornerschen Grundstücks an der Steinstraßen- und Rathausstraßen-Ecke. Da das in der vorigen Sitzung beschlossene Angebot von 180000 M. die Firma nicht akzeptiert hat, so hatte der Magistrat die Vorlage vom neuem dem Bau- und Finanzauschuß unterbreitet, und zwar mit dem Annehmen, den Ankauf des Grundstücks nennmehr definitiv zu 170000 M. beschließen zu wollen. Die Mitglieder genannter Ausschüsse haben dem auch den Unfall keine Befürchtung, eine Pensionierung, ein Waisenprojekt usw. zu beraten, doch erlosch hiergegen allgemeiner Widerspruch.

Die Freunde der Vorlage — Hamburger und Neumarkt — bewahren sich gegen den Vornerschen Ankauf lediglich deshalb zu bewerten, weil sie die Gefahr nicht fürchten, daß die Verammlung sich gegen den Vornerschen Ankauf zu 170000 M. und gegen 21 Stadteroberne, so daß nennmehr das Grundstück definitiv erworben werden soll.

**Eine öffentliche Verammlung**  
folgte am Donnerstag, den 23. Juni, mit der Reichsversicherungsordnung besetzt. Die Verammlung findet im großen Saale des Volksparks statt. Die Gewerkschaften, Krankenkassen usw. werden dringend ersucht, für den Besuch dieser Verammlung eine lebhaftige Agitation zu entfalten.

Der Entwurf zur Reichsversicherungsordnung bringt auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung tief einschneidende Veränderungen und namentlich bei der Krankenversicherung ganz erhebliche Verbesserungen. Nicht allein gegen die Versicherungsgesetze gilt es zu protestieren, sondern im allgemeinen um eine Erhöhung der Mindestleistungen sowohl bei der Krankenversicherung wie auch höhere Renten bei der Invalidität sowie Unfallversicherung usw. gefordert werden. Um nun die Masse der Arbeiter mit dem neuen Entwurf vertraut zu machen, ist es notwendig, daß für geistreichen Besuch dieser Verammlung agitiert wird.

**Die Inhaber der Gütigkeitsversicherungs-Anstalt von**  
Hilfmann u. Lorenz

folgen eigenartige Anzeichen über ihre Arbeiter zu legen. Nach dem letzten Wochen ein Arbeiter dieser Firma von einem Pferd im Saale an das Weidengehen worden, infolgedessen er sich erwerbsunfähig haben mußte. An seine Stelle trat die Firma einen „Arbeitsarbeiter“. Beim Wiederantritt wurde nun dem alten Arbeiter zugemutet, daß er die Differenz des höheren Lohnes, welchen der für ihn eingestellte Arbeiter erhalten hätte, bezahlen sollte. Wenn man bedenkt, daß der Wochenlohn eines dortigen Bauarbeiters pro Woche zu sieben Tagen gerechnet 21 M. beträgt und das Krankegeld pro Woche 10.50 M., so kann man sich ungefähr einen Begriff davon machen, wie ein Arbeiter davon auch noch die für ihn während seiner Krankheit gestellte Hilfskraft zum Teil mit aufzubringen soll. Wie figura zeigt, ist es aber so, er trägt der Arbeiter sein helles Schicksal bei, seine Stelle an die Stelle, die er für sich selbst hat, die die Arbeiter dies nicht gestatten, so steigt er eben auf Wähler, gleichwohl, ob er vielleicht im Betrieb zum Krüppel geworden ist oder nicht. Daß die Firma beim Abgang dem Arbeiter den Krankenlohn verweigert, ist eigentlich unverständlich. Der Unfall ist noch nicht beboben, ist aber im Betrieb passiert, und demzufolge durfte der Gehalt nicht verweigert werden. Nebenbei erwähnt, ist der Unfall darauf zurückzuführen, daß sich das Pferd eines sogenannten Standaubens im Westhofe bemerkbar macht. Da ein Schutzbaum laut Vorbericht vorhanden sein muß, so ist es um so verwunderlicher, daß die Firma trotz mehrmaliger Vorhaltung des Betr. Bauarbeiters unter Hinweis auf das zum Aufhängen bereit gehaltene Pferd keinen solchen anbringen ließ. Auch noch gesagt ist bei dieser Firma nicht an Rücksicht, die sich zu Gunsten der Arbeiter bemerkbar machen. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß man eine sieht, daß Beihilfe tut!

**Vom Menschenmaterial der Halleischen Polizei.**  
Unter dieser Überschrift teilten dir vor einigen Tagen mit, daß der jetzige Polizeikommissar Karl Winkler vom ostpreussischen Kriegsgericht zu zehn Jahren Arrest verurteilt worden sei, weil er während seiner Dienstzeit beim Militär mit dem blauen Gürtel auf einen Soldaten eingegangen habe. Prompt geht uns folgende Verurteilung von der Polizeiverwaltung zu:

Auf Grund des § 11 des Reichsstrafgesetzbuchs wird die Rehabilitation im Ausnahme nachstehender Verurteilung zu dem Artikel vom Menschenmaterial der Halleischen Polizei in Nr. 133 des Monatsblattes vom 10. Juni d. Z. 1. Beilage erfußt:

Von dem gegen den Polizeioberwachtmeister Winkler wegen einer in seiner Militär-Dienstzeit begangenen Soldatenmehrwahl anfangsigen Kriegsgerichtsverurteilung hat die Polizeiverwaltung erst am Nachmittage der jenem Termine, und zwar durch Meldung des Winkler, Kenntnis erhalten.

Die der Polizeiverwaltung vorliegenden Zeugnisse über seine Führung während der siebenjährigen Militär-Dienstzeit lauten ausnahmslos auf „recht gut“ und „vorzüglich“, er hat in der langen Dienstzeit nicht eine Strafe erlitten. Er sei in der Anstellung als Polizeioberwachtmeister ein von der Soldatenmehrwahl nichts bekannt gewesen.

**Abteilung II. Wehdehann.**  
Es ist geradezu lächerlich, was die Polizei hier berichten zu müssen glaubt. Wenn ich von dem gegen Winkler eingehenden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt  
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219100615-11/fragment/page=0006







Aus den Nachbarkreisen.

Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld.

Der diesjährige Kreisstag findet am Sonntag, den 7. August, im Rindenhof in Delitzsch statt.

Achtung, Bergarbeiter!

Der Verband der nordöstlichen Arbeitsteile der ungelerneten Arbeiter hat seit dem vorigen Sommer einen Konflikt mit der Aktiengesellschaft Orlan & Gruben in der Nähe von Drontheim.

Feit, 14. Juni. Die Drohung der Unternehmer!

Das muß man den Bauunternehmern lassen, ihre Drohungen sind sie gründlich, das heißt, sie wollen es ihnen selbst antun.

Der Kampf in der Baugewerbe dauert immer noch fort, da auch die Verhandlungen, die am Sonntag in Halle stattfanden, zu einer Einigung nicht geführt haben.

steigert werden sollen in den schon lange fertigen und bewohnten Häusern, daß sie einfach Ausbeutung in krafterster Form.

Feit, 14. Juni. Eine Schwere Wetter mittem am Sonntagabend und Sonntag über Tag und Nacht.

Feit, 14. Juni. Eine Elektrizitätsgesellschaft in Form einer Genossenschaft hat sich gebildet.

Feit, 11. Juni. Freibank. Am Mittwoch rohes Rindfleisch Pfund 40 und 50 Pf., am Donnerstag Pfund 50 Pf., am Freitag gedämpftes Rindfleisch Pfund 30 Pf.

Feierabend, 13. Juni. Minder Lärm. Gestern nachmittags 2 Uhr erlöste hier Feuerlöcher.

fe an der Leine hatte, über den Bodenmarkt zu gehen. Nun ist es ja eine alte Weisheit, die Offiziersgattinnen gefiecht nicht.

Naumburg, 13. Juni. Schwurgericht. Verhaftet wurde wegen Diebstahls ein Junge aus Dörsdorf bei Caueritz.

Zeichen, 13. Juni. In der letzten Gemeinderats-Sitzung fand das Manifestationsprojekt nochmals zur Debatte.

Stredan, 13. Juni. Grubenbrand. Seit gestern brennt es hier auf der Grube Emma im Schacht auf dem sogenannten Gläubiger Hügel.

Kretscham, 14. Juni. Beim Baden ertrunken ist im Luchsteinbade der Bergarbeiter Strauch aus Gröblich.

Der Kraft-Mayr. (Nachdr. verb.)

Ein humoristischer Muffantens-Roman.

Von Ernst von Holzogen.

Flonia hat die jungen Herren voranzugewandt. Dann drückte sie hinter ihnen die Tür aus Schloß und wandte sich rasch an Florian.

„Ja, das Wädchen brot? Will Sanct Florian das Wädchen heiraten?“

„Ja, was ist es, wie wir mochten!“ Sie nahm Florian unter den Arm und ließ ihn über den Gang bis vor die Tür des Zimmers.

„Mein liebes Flonia!“ rief sie warm — „Main Gott, wie haben Sie gemant!“

„Die arme vermeinte Thelma war offenbar froh, daß sich überhaupt jemand ihrer annahm, und folgte willig der fremden Dame auf ihr Zimmer.“

„O dear, o dear!“ stöhnte Mitter Crooses, sich mit beiden Händen den Schadel haltend.

„O Mitter Crooses, Sie sind unvorsichtig gewesen!“ verjehnte Florian ernsthaft.

„Die lange Nachtfahrt, welche dem ereignisreichen Abend im Schwarzen Rogen folgte, gewährte Mitter Crooses sein.

„Ja, Dummerheit — des is freilich merwürdig!“ rief Florian und saß ein Weichen nach.

„O dear, o dear!“ seufzte Mitter Crooses. „Ich hatte nie gedacht, daß die Kneben so verdammt klug waren!“

„Mitter Crooses ver sprach mit Sandblitz, was Florian ben begehrt, und denn biß ihm der woggen fröh mit dem ersten Zuge nach Weimar zurückkehren.“

„Wollen Sie das arme Kind in Ruh!“ flüsterte sie ihm zu — „is viel zu aufzähnt!“

„Wollen Sie das arme Kind in Ruh!“ flüsterte sie ihm zu — „is viel zu aufzähnt!“

„Wollen Sie das arme Kind in Ruh!“ flüsterte sie ihm zu — „is viel zu aufzähnt!“

„Wollen Sie das arme Kind in Ruh!“ flüsterte sie ihm zu — „is viel zu aufzähnt!“

„Wollen Sie das arme Kind in Ruh!“ flüsterte sie ihm zu — „is viel zu aufzähnt!“

„Wollen Sie das arme Kind in Ruh!“ flüsterte sie ihm zu — „is viel zu aufzähnt!“

„Wollen Sie das arme Kind in Ruh!“ flüsterte sie ihm zu — „is viel zu aufzähnt!“

„Wollen Sie das arme Kind in Ruh!“ flüsterte sie ihm zu — „is viel zu aufzähnt!“

„Wollen Sie das arme Kind in Ruh!“ flüsterte sie ihm zu — „is viel zu aufzähnt!“

was er gelassen lassen — selbst wenn er Florian alles glaubte, was er zu seiner Rechtfertigung vorbringen konnte.

Flonia plagte seine Seele hart und süchtigte sein Herz mit Scorpionen.

„Wollen Sie das arme Kind in Ruh!“ flüsterte sie ihm zu — „is viel zu aufzähnt!“

„Wollen Sie das arme Kind in Ruh!“ flüsterte sie ihm zu — „is viel zu aufzähnt!“

„Wollen Sie das arme Kind in Ruh!“ flüsterte sie ihm zu — „is viel zu aufzähnt!“

„Wollen Sie das arme Kind in Ruh!“ flüsterte sie ihm zu — „is viel zu aufzähnt!“

„Wollen Sie das arme Kind in Ruh!“ flüsterte sie ihm zu — „is viel zu aufzähnt!“

„Wollen Sie das arme Kind in Ruh!“ flüsterte sie ihm zu — „is viel zu aufzähnt!“

„Wollen Sie das arme Kind in Ruh!“ flüsterte sie ihm zu — „is viel zu aufzähnt!“

„Wollen Sie das arme Kind in Ruh!“ flüsterte sie ihm zu — „is viel zu aufzähnt!“

„Wollen Sie das arme Kind in Ruh!“ flüsterte sie ihm zu — „is viel zu aufzähnt!“

„Wollen Sie das arme Kind in Ruh!“ flüsterte sie ihm zu — „is viel zu aufzähnt!“

